



Handeln gegen Rechtsextremismus

Bayern auf einen Blick:
Strategien, Initiativen,
Programme und Anlaufstellen





Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Bayern

Von Dr. Sepp Dürr, MdL

Wir Grünen fordern seit Jahrzehnten ein konsequentes und nachhaltiges Eintreten gegen Neonazis, aber auch gegen antidemokratische Kultur, Rassismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der bayerischen Politik und Bevölkerung. Denn unsere Demokratie ist nicht erst dann gefährdet, wenn Gewalttaten von Neonazis öffentliches Aufsehen erregen. Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Umbruchphase. Fast alle spüren, dass wir »so nicht weitermachen« können, viele fühlen sich existenziell, sozial und kulturell bedroht. Die Entwertung bisheriger Lebensmodelle, Demütigungs-, Ausgrenzungs- und Abkoppelungserfahrungen und vor allem diesbezügliche Befürchtungen führen zu Orientierungslosigkeit und Angst. Das Bedürfnis nach Sicherheit und vermeintlich einfachen, schnellen Lösungen wächst und damit die Gefahr des Rechtspopulismus.

1. Antidemokratische Kultur und Ungleichwertigkeitsvorstellungen als Wegbereiter für Rechtspopulisten und Neonazis

Rechtsextreme Einstellungen sind bis weit in die »Mitte« von Gesellschaft und Politik verbreitet. Das zeigen verschiedene Studien der letzten Jahre. Nach Decker/Brähler ist »Rechtsextremismus ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich in einer Affinität zu: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus«. Diese Einstellungsmuster haben Decker/Brähler (2008) in erschreckendem Ausmaß insbesondere in Bayern vorgefunden: Bei 39,1 % haben sie Ausländerfeindlichkeit, bei 30,4 % Chauvinismus, also überhebliches Nationalgefühl, und bei 16,6 % Antisemitismus festgestellt.

Islamophobie auf dem Vormarsch

Eine jüngst veröffentlichte Studie der Universität Münster bescheinigt den Deutschen einen hohen Grad an *Islamophobie*: 58 % der Westdeutschen zeigen negative Haltungen gegenüber MuslimInnen, während die Rate in anderen europäischen Ländern zwischen 33–37 % liegt. Nur 28 % der Westdeutschen befürworten Moscheebauten, während 73 % der Portugiesen und auch 55 % der Dänen offen dafür sind. Weniger als die Hälfte der Westdeutschen glaubt, dass alle Religionen die gleichen Rechte haben sollten, in den anderen untersuchten Ländern begrüßen bis zu 89 % eine Gleichheit vor dem Gesetz. Und: Islamfeindliche Gruppierungen wie Pax Europa oder die Internetplattform »Politically Incorrect« (PI) verzeichnen Zulauf aus breiten Bevölkerungsschichten.

2. Neonazis in Bayern: ein begrenztes, aber gefährliches Problem

Rechtsextreme Parteien oder Gruppierungen haben in Bayern bisher kaum von den rechtsextremen Einstellungen in großen Teilen der Bevölkerung profitieren können: Die Zahl der Aktiven stagniert, der Einzug in Kommunalparlamente gelingt selten, im »Kampf um die Straße«

setzte es Niederlagen, neonazistische Gewalt ist im deutschlandweiten Vergleich begrenzt. Trotzdem: Für Bayern nennt das Innenministerium allein für die Jahre 2008 bis 2010 (Stand Nov. 2010) 130 durch rechtsextremistische Gewalt verletzte Personen, 151 Gewalttaten, davon 54 ausländerfeindliche und fünf antisemitische Übergriffe. Die schändlichsten Taten sind in der Statistik noch nicht erfasst: die Morde an fünf türkisch- und griechischstämmigen Mitbürgern durch rechtsextreme Serienmörder (des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes, NSU) in Nürnberg und München. Zusätzlich verzeichnet das Innenministerium jedes Jahr weit über 1500 rechtsextremistisch motivierte Straftaten von Diebstahl und Waffenbesitz, Beleidigung und Nötigung zu Volksverhetzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen. Zudem ist von einer nicht unerheblichen Dunkelziffer auszugehen, da die Polizei Gewalttaten, z. B. gegen Menschen mit Migrationshintergrund, nicht immer als rechtsextremistisch registriert. Durch den Zuzug des Rechtsextremen Martin Wiese in den Landkreis Landshut und die Gründung einer »Kameradschaft« muss jedoch verstärkt mit rechtsextremen Aktivitäten in der Gegend und in ganz Bayern gerechnet werden. Das Gewaltpotential liegt laut Verfassungsschutz vor allem bei rechtsradikalen Skinheads und autonomen Nationalisten. Die Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten bleibt unerträglich hoch – mit laut »Zeit« und »Tagesspiegel« deutschlandweit mindestens 156 Toten seit 1990.

Rechte Aufmärsche: traurige ‚Tradition‘ in Bayern

Immer wieder ziehen in bayerischen Städten und Gemeinden Rechtsextremisten aus dem Kreis der NPD oder des »Freien Netz Süd« auf. Sie wollen Macht demonstrieren. Von 1988 bis 2005 marschierten Neonazis in Wunsiedel, zehn Jahre lang malträtierten sie die oberfränkische Gemeinde Gräfenberg mit Aufmärschen am Volkstrauertrag und seit 2006 mit monatlichen Märschen zum Gräfenberger Kriegerdenkmal. Dank hartnäckigen Widerstands der örtlichen Bevölkerung sind sie aber mit diesem Versuch endlich gescheitert, den öffentlichen Raum zu besetzen. Jetzt setzen die Neonazis auf neue Wege. Wirklich besorgniserregend sind Drohungen gegen Mitglieder von Bürgerinitiativen, Bürgermeister oder andere, die sich ihnen entgegenstellen. Gräfenberg ist kein Einzelfall: Auch in Coburg und Neumarkt sind Personen bedroht worden.

»Braune Brüder« und »Stiefeljungs«: Musikszene in Bayern

Bayern hat eine rege rechtsextremistische Musikszene: Bands mit eindeutigen Namen wie »Faustrecht«, »Burning Hafte«, »Braune Brüder«, »White Rebell Boys«, »Feldherren« oder »Stiefeljungs«, regelmäßige Konzerte und deren Ankündigung über das Internet, Versandhandel, Szeneläden und Aufnahmestudios. Auch hier dient das »Freie Netz Süd« als Vernetzungsplattform. Auf dem »Franken-Tag« der NPD in Bayern findet die rechtsextremistische Musikszene regelmäßig ein Forum. Mit ihren »Schulhof-CDs« versucht die NPD Jugendliche für sich zu gewinnen. Erst im September 2010 warnte die Stadt München vor der neuen Version »Freiheit statt BRD«.

3. Bayerische Verhältnisse: Von bösen Extremisten und der guten Mitte

Statt wie bisher klar und eindeutig gegen den Rechtsextremismus vorzugehen, setzen die schwarz-gelbe Staats- wie Bundesregierung in letzter Zeit auf einen Strategiewechsel: Rechts- und Linksextremismus gelten gleichermaßen als Feinde der Demokratie, gegen Rechtsextremismus darf nur kämpfen, wer sich zuvor von Linksextremismus distanziert. Diese »Extremismus-Theorie« hat Folgen: Die weite Verbreitung menschenverachtender Einstellungen und deren Alltagsfolgen für Opfer von Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit werden ignoriert, Rechtsextremismus verharmlost, die »Gefahr durch Links« übersteigert. Gleichzeitig wird die Angst vor »unordentlichen«, von »bürgerlichen« abweichenden Verhaltensmustern geschürt: »Links-alternative« Jugendliche, AktivistInnen oder DemonstrantInnen gegen Rechts werden ausgegrenzt. Aber wer Rechts mit »Ordnung« und Links mit »Chaos« verbindet, sitzt bereits einer rechtsradikalen Ideologie auf.

Der Schaden für das zivilgesellschaftliche Engagement, der dabei billigend in Kauf genommen wird, ist groß. Ein unrühmliches Beispiel dafür ist die Diffamierung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (AIDA) durch den Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der den preisgekrönten Verein im Verfassungsschutzbericht seit Jahren als linksextremistische Organisation in Misskredit bringt. Der Verein klagte mit ersten Teilerfolgen.

CSU-Doppelstrategie: Nazis bekämpfen, rechtsextreme Muster bestätigen

Die Extremismus-Theorie dient Parteien wie der CSU dazu, sich selbst als »politische Mitte« zu verorten und andere Parteien tendenziell an die Ränder zu drücken. Jede erzwungene Distanzierung von Rechtsaußen begleitet sie rituell mit der Verurteilung des Linksextremismus: eine rein formelle »Äquidistanz«. So verschiebt sie »die Mitte« nach rechts. Seit Stoiber als Innenminister mit einer gezielten Doppelstrategie gegen Schönhubers »Republikaner« vorging, agieren immer wieder führende CSU-Politiker rücksichtslos nach dem Muster: einerseits harte Abgrenzung gegen Nationalsozialismus und Neonazis sowie offizielles Tabu des Antisemitismus, andererseits Ausnutzen und Verfestigen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Rassismus und Fremdenangst.

4. Rechtspopulismus ante portas

Der »klassische« Rechtsextremismus ist europaweit auf dem Rückzug. Andererseits sind in fast allen Ländern Europas die Rechtspopulisten weiter auf dem Vormarsch und zum Teil bereits in der Regierung. Sie spielen erfolgreich auf der Klaviatur verankerter Ungleichwertigkeitsvorstellungen, insbesondere rassistischer und antiislamischer Vorurteile. Es steht zu befürchten, dass auch in Deutschland eine rechtspopulistische Partei zum europäischen »Normalfall« werden könnte.

Rechtspopulisten teilen die Bevölkerung in zwei Teile: »das Volk« und »die abgehobenen Politiker«. Das »einfache« Volk ist gemäß rechtspopulistischer Ideologie eine Einheit, es gibt ein vorgegebenes Gemeinwohl, den Volkswillen schlechthin. Gesellschaftliche Spaltungen werden erst durch Parteien verursacht. Rechtspopulisten kennen natürlich den Willen des Volkes und sprechen ihn als einzige aus.

Wo sich der Rechtspopulismus etabliert, vergiftet er das politische Klima, untergräbt den Rechtsstaat, spaltet die Gesellschaft, grenzt Teile der Bevölkerung aggressiv aus und entwertet die politische Argumentationskultur.

Regierung Seehofer: Spiel mit dem Feuer

Auch unter Seehofer halten Teile der CSU am »bewährten« Muster fest. Immer wieder schlagen führende CSUler rechtspopulistischen Unsinn vor: So will man in der Kriminalstatistik nicht nur die Staatsangehörig-

keit, sondern auch die Herkunft von Tätern erfassen, denn die Ausländerkriminalität habe abgenommen, weil Ausländer formal Deutsche geworden seien. Im Anschluss an Sarrazin hat auch der bayerische Innenminister eine Prognose zur Bevölkerungsentwicklung missbraucht: Weil der Ausländeranteil steige, werde die Kriminalität steigen. Ob die Sozialministerin Stimmung auf Kosten von Flüchtlingen macht oder der zweite Bürgermeister von Regensburg gegen einen Vater wettet, der den Anspruch auf weltanschauliche Neutralität des Staates in der Schule seines Sohnes verwirklicht sehen möchte: Die rechtspopulistische Strategie ist immer die gleiche. Man schürt eine diffuse Angst vor einer heterogenen Gesellschaft und ihren Herausforderungen, benennt Sündenböcke und emotionalisiert die politische Debatte so, dass eine sachliche Diskussion unmöglich wird. Hetze gegen »Ausländer«, »Islamisten«, »Sozialschmarotzer«, »linke Chaoten«, der Ruf nach dem »starken Staat«, nach »Aufräumen« und »Durchgreifen«: Damit werden autoritäre und antidemokratische Muster weiter verfestigt und die demokratische politische Kultur massiv untergraben.

5. Staatliche Maßnahmen gegen Neonazis und für Demokratieförderung

Wir Grünen fordern die Bayerische Staatsregierung auf, ein Sofortprogramm gegen Neonazis und für Demokratieförderung aufzulegen, das folgende Bausteine enthält:

Rechtsextreme gezielt bekämpfen, mit repressiven Instrumentarien, verstärktem Opferschutz und politischer Auseinandersetzung

Rechtsextreme Aktivitäten, Diskriminierungen, Rassismus und andere Menschenrechtsverletzungen sind unerträgliche Missstände. Hier sind die staatlichen Organe in besonderer Weise gefordert: von strafrechtlicher Verfolgung bis vorbildlicher Umsetzung von Bürger- und Menschenrechten in den eigenen Strukturen und den politischen Rahmenbedingungen sowie Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements.

- Polizei und Staatsanwaltschaft müssen rechtsextreme Aktivitäten auch als solche erkennen und benennen. Die Betriebsblindheit auf dem rechten Auge muss ein Ende haben.

- Rechtsextremes Handeln und Gedankengut sind durch konsequente und stringente Argumentation, aber auch durch polizeiliche Repression zu ächten.
- Die Aus- und Weiterbildung unserer PolizistInnen in Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus muss verstärkt werden. Zudem ist eine Zeugenschutzdienststelle auf Landesebene einzurichten, in den Polizeidienststellen flächendeckend Opferschutz anzubieten und die Sensibilität von PolizistInnen und StaatsanwältInnen im Erkennen rechtsradikaler und rassistischer Gewalt zu stärken.
- Der Ausstieg aus der rechten Szene ist zu erleichtern: Ausgrenzung von Rechtsradikalen alleine führt nicht zur Mäßigung und »Umkehr« derselben, weshalb das ernst gemeinte Gespräch mit einzelnen Rechtsradikalen gesucht werden muss. Aussteigerinitiativen sind zu fördern.
- Es ist eine Anlaufstelle zu schaffen für PolizistInnen, die Opfer rechtsradikaler Angriffe sind.

Kinder zu selbstbewussten und sozial verantwortlichen Persönlichkeiten erziehen

Rechtsradikalismus wird nicht durch eine Beschneidung der freiheitlichen Grundrechte wirksam beschränkt, sondern durch die Förderung einer demokratisch gefestigten und toleranten Gesellschaft und selbstbewusster Individuen.

Deshalb sind diesbezügliche pädagogische Ansätze und soziale Hilfen weiter auszubauen.

- Der Erziehungsauftrag von Kindertagesstätten und Schulen ist zu stärken: Neben kognitiven Kompetenzen sind emotionale und soziale Kompetenzen zu vermitteln. Empathiefähigkeit, Konfliktfähigkeit, Streitschlichtung usw. gehören ebenso zu den Standards wie Fachwissen und können mit Hilfe von evaluierten und geeigneten Trainingsprogrammen implementiert werden. Eine verstärkte Evaluation solcher Programme ist dazu dringend notwendig.

- Basiskompetenzen von Kindern und Jugendlichen – wie Eigenständigkeit und soziale Kompetenz – sind zu stärken. Viele Eltern sind mit deren Vermittlung überfordert. Hilfsangebote, wie die sozialpädagogische Familienhilfe, familientherapeutische Angebote oder aufsuchende Elternarbeit, sind nicht in ausreichendem Maß vorhanden und daher auszubauen.
- Die Stärkung des Individuums und die positive Wahrnehmung von Vielfalt ist der Schlüssel zur Integration und verhindert (Selbst-)Ausgrenzung. Bei Hinweisen auf emotionale und soziale Vernachlässigung sind Kinder und Jugendliche bei ihren Problemen gemeinsam mit den Eltern zu unterstützen und die Kompetenz der Eltern zu stärken.

Demokratie lernen und leben

Unsere Demokratie ist für die neuen Anforderungen gesellschaftlicher Vielfalt und individueller Selbstbestimmung nicht ausreichend entwickelt. Demokratie muss im Alltag erfahrbar sein und eingeübt werden – in Familie, Kindergarten, Schule, Uni, Betrieben, Ämtern und öffentlichen Einrichtungen. Politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse müssen transparent und als demokratische Beteiligungsprozesse in allen Politikfeldern erfahrbar sein.

- **Demokratieerziehung:** Unsere Bildungsinstitutionen müssen die Heranwachsenden zur selbständigen Teilhabe am öffentlichen Leben, an Politik, Gesellschaft und Kultur befähigen. Die dazu erforderlichen Einstellungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten werden nicht nur fachlich und fachübergreifend, sondern auch durch eine demokratische Schulentwicklung vermittelt: Ein Förderprogramm »Lebendige Demokratie« ist aufzulegen, das alle öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen dabei unterstützt, Interesse und Freude an Demokratie zu wecken, u. a. durch die Ausweitung des Projekts »Der Landtag sind wir« und des Projekts »Schule ohne Rassismus« auf alle Schulen, eingebettet in ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

- **Mehr Hilfe zur Selbsthilfe:** Demokratie lässt sich nicht an den Staat delegieren. Schulsozialarbeit, Erziehungsberatung und Jugendhilfe muss ausgebaut werden. Besonders wichtig ist: Kinder und Jugendliche müssen selber Stärke entwickeln. Wir müssen bei den Problemen ansetzen, die die Jugendlichen haben, und nicht bei den Problemen, die sie machen.
- **Politische Bildungsarbeit neu ausrichten:** Die politische Bildungsarbeit in Bayern muss dringend gestärkt werden. Deshalb fordern wir, die beiden zuständigen Einrichtungen, die Landeszentrale für politische Bildung und Politische Akademie, zusammenzulegen und zu einem starken, unabhängigen Zentrum demokratischer Bildungsarbeit auszubauen.



Was tun gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus?

Grüne zivilgesellschaftliche Gegenstrategien

Von Dr. Sepp Dürr, MdL

Die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus werden zunehmend diffuser. Die Strategie von Rechtsextremen besteht oft gerade darin, fließende Übergänge zu erreichen (»Neue Rechte«) und ihre Ideologien im »bürgerlichen« Gewand zu verbreiten. Wenn wir die Voraussetzungen demokratischer Politik, auf die wir existenziell angewiesen sind, sichern wollen, müssen wir drei Ziele verfolgen:

- Demokratie stärken
- Gewalt verhindern
- Rechtsextreme Einstellungen bekämpfen.

1. Nur gemeinsam sind wir stark

Alle drei Ziele können wir Grünen nicht allein erreichen. Wir sind dabei auch auf konservative Demokraten und Parteien angewiesen. Der Kampf gegen Rechtsextremisten ist da erfolgreich, wo die demokratischen Parteien gemeinsam für unsere Demokratie eintreten und rechtsextreme Muster, Redewendungen und Inhalte verurteilen und widerlegen. Der erste Schritt dazu ist eine gemeinsame Problemdefinition. Der zweite Schritt: ein einheitliches Auftreten gegenüber Rechtsextremen. Ein breites Bündnis muss drittens deutlich machen, warum es sich lohnt, zur Wahl zu gehen oder für unsere Demokratie einzutreten. Die Gemeinsamkeit der Demokraten ist mit erheblichen Problemen belastet. Das gegenwärtig größte dabei ist der Versuch von Schwarz-Gelb, fast das gesamte Spektrum politischer Konkurrenz unter dem Schlagwort »Linksextremismus« unter Generalverdacht zu stellen und in Verruf zu bringen.

Wir müssen daher

- eine Selbstverpflichtung der im Landtag vertretenen Parteien einfordern, antidemokratische, rassistische, menschenverachtende Begriffe und Sprachmuster (»die Ausländer«, »die Muslime«) zu ächten, eine klare politische Haltung ihrer Mitglieder gegenüber Nazis verlangen und für die Akzeptanz von Dissens (»Streit«) werben;
- von der Staatsregierung verlangen, endlich die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextreme als zentralen Erfolgsfaktor ernst zu nehmen und zu unterstützen;
- von Unternehmen, Öffentlichkeit und den anderen Parteien Weltoffenheit und Distanzierung von Ungleichwertigkeitspropaganda einfordern;
- immer da, wo es möglich ist, die Gemeinsamkeiten betonen, aber antidemokratische Untertöne zurückweisen;
- der Gleichsetzung von »links« und »linksextrem« widersprechen, die Extremismusklausel bekämpfen und die Diskriminierung von Organisationen wie Aida, VVN und »linken« Einzelpersonen im Verfassungsschutzbericht anprangern;

- Polizei und Medien darauf hinweisen, dass Gegendemonstranten nicht per se »linksextrem«, sondern Demokraten sind, und von ihnen einzufordern, friedliche Protestformen nicht zu kriminalisieren, sondern als Beitrag zu unserer pluralen Demokratie wertzuschätzen;
- den scheinbar geschlossenen konservativen Block aufdröseln und möglichst große Teile auf unsere Seite ziehen, z. B. in Bündnisse vor Ort (wie in Wunsiedel und Gräfenberg) CSU- bzw. FW-Bürgermeister einbeziehen;
- die Rede vom »christlich-jüdischen Abendland« als Anti-Islam-Propaganda entlarven;
- Feindbilder abbauen. Das gilt auch gegenüber Vorurteilen: Nicht begründungslos ächten, sondern sich inhaltlich damit auseinandersetzen. Politik stellt nicht die moralische Frage nach »gut« und »böse«, sondern nach richtig und falsch. Wer nach Ursachen fragt und Lösungen sucht, also politisch handeln will, muss auf Feindbilder verzichten.

2. Zivilgesellschaft stärken

Durch die beabsichtigte Gleichsetzung von »links« und »rechtsextrem« kommt es auch zu einer Schwächung der Zivilgesellschaft. Die Fiktion einer »neutralen Mitte« knüpft an die alte deutsche Tradition von »Ruhe und Ordnung« an. Aber politisch »neutral« zu sein bedeutet heute, aktiv für unsere Demokratie und ihre Grundlagen einzutreten.

Schon die Studie »Grenzen lokaler Demokratie« hatte darauf verwiesen, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine meist »auf einen vermeintlich neutralen, unpolitischen Status« zurückziehen: »Position gegen rechte Einstellungen und gegen aktive Nazis in den Vereinen zu beziehen, hieße nach dieser Logik, ‚links‘ zu sein, also das unpolitische Terrain zu verlassen.« Diese Einstellung ist weit verbreitet. Dazu kommt vielfach ein staats- und autoritätsfixiertes Misstrauen gegen zivilgesellschaftliche Akteure, dem auch friedliche Protestformen verdächtig erscheinen und das stets bestrebt ist, diese durch staatliche Stellen und Maßnahmen zu verdrängen. Die Studie »Grenzen lo-

kaler Demokratie« kritisiert Demokratieschwächen im ländlichen Raum: »Relevante Bevölkerungsteile unterstützen Aktionen gegen die Naziszene erst, nachdem sich die lokalen Autoritäten bereits entsprechend positioniert hatten.« Abweichendes Verhalten gelte als suspekt.

Wir müssen daher

- zivilgesellschaftliche Initiativen stärken;
- die Kommunen auffordern, dissidenten Gruppen von Jugendlichen in ihren Gemeinwesen Platz und Ausdrucksmöglichkeiten zu schaffen sowie selbstverwaltete und partizipative Angebote zu unterstützen, Maßnahmen durchzuführen, die dem Empowerment von Betroffenen und Opfern der Nazis dienen, sowie sich öffentlich mit den Opfern von Nazis zu solidarisieren;
- die kommunalen Verwaltungsspitzen in der Auseinandersetzung mit Nazis durch Fortbildungsangebote und den Transfer von Modellprojekten unterstützen;
- Erinnerungskultur fördern, weil »die im Laufe der Nachkriegszeit ritualisierte Holocaust-Erinnerungskultur ... tatsächlich die Beißhemmung gegenüber der gezielten Ausgrenzung von Minderheitengruppen begünstigt hat.« (Johan Schloemann, »Warum sich in Deutschland bisher noch keine starke rechts-populistische Kraft bilden konnte«, SZ 16.9.10).

3. Konzentration auf dünn besiedelte ländliche Räume

Rechtsextreme versuchen zunehmend, in den von der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung besonders betroffenen Regionen Fuß zu fassen, zusammenbrechende Strukturen in Eigenregie weiterzuführen und sich durch lokal agierende Netzwerke als hilfsbereit und unersetzlich auszuweisen. In Teilen Ostdeutschlands haben sie offenbar bereits Erfolg.

Auch in Bayern werden immer wieder Versuche bekannt, Häuser zu kaufen, den vorpolitischen Raum zu besetzen und soziale Netzwerke (Kinderfreizeiten, Hausaufgabenhilfe, Konzerte für die Jugend, Unternehmensgründungen, Vereinsmitgliedschaften) vor Ort zu missbrauchen.

Deshalb müssen wir

- unsere Anstrengungen verstärken, die demographische Entwicklung zu steuern und insbesondere die demokratische Jugendarbeit im ländlichen Raum zu erhalten;
- lokale »Respektspersonen« einbeziehen, weil wir aus verschiedenen Beispielen wissen, dass Gegenprojekte stets erfolgreich waren, wenn es gelang, verschiedene Parteien, die örtliche Verwaltung, Verbände und WirtschaftsvertreterInnen einzubeziehen;
- rechtsextreme Aktivitäten nicht »totschweigen«, sondern ans Licht der Öffentlichkeit zerrren;
- rassistische Vorfälle vor Ort nicht unwidersprochen lassen und
- uns zusammen mit Anderen mit eventuellen Opfern öffentlich solidarisch zeigen.

4. Einschüchterungsversuchen entgegenstellen

Märsche als Machtdemonstration (der Weg wird den Rechtsextremen von der Polizei freigeräumt) werden zunehmend ergänzt durch eine individuelle Einschüchterungstaktik mit Drohbriefen und Schmähungen. Auf Internet-Seiten (PI) werden Gegner namentlich an den Pranger gestellt und mit organisierten E-Mail-Kampagnen zugedeckt.

Dagegen müssen wir

- Rechtsextremen den öffentlichen Raum mit allen demokratischen Mitteln streitig machen;
- wo es mit zivilen Mitteln geht, rechtsextreme Märsche stoppen. Für die lokale Bevölkerung und für die bundesweite Öffentlichkeit ist es immer ein nachhaltiges Zeichen, wenn sich die GegendemonstrantInnen und wichtige politische Persönlichkeiten des Landes durch nichts von ihrem Protest abhalten lassen;
- gegen rechtsextreme Aktivitäten im Netz 2.0, also der Nutzung von sozialen Netzwerken, vorgehen (jugendschutz.net, Zentralstelle im Auftrag der Bundesländer);
- für bedrohte Einzelpersonen wie in Gräfenberg Schutz fordern (Bedrohung öffentlich machen, Strafanzeigen, Polizeischutz) und uns öffentlich solidarisieren;
- mehr Aufmerksamkeit für rechtsextreme Gewalttaten und entschlossenes Handeln von Polizei und Staatsanwaltschaft fordern.

5. Gewalt ächten

Politische Gewalttaten sind per se Handlungen, die sich gegen Zivilgesellschaft, Rechtsstaat und Demokratie richten. Gewalt gegen Polizei ist eine Attacke auf das staatliche Gewaltmonopol und die Gewaltfreiheit der Gesellschaft. Gewalttätigkeiten oder Körperverletzungen durch angeblich oder tatsächlich politisch motivierte Akteure sind strafrechtliche Tatbestände, bei denen das politische Motiv belanglos, weil immer gegen unsere Demokratie gerichtet ist.

Die klassischen Antwortversuche auf Gewalttätigkeiten lauten Integration in den Arbeitsmarkt und Bildung. Aber gerade der Arbeitsmarkt wird für die gefährdeten Jugendlichen zunehmend schwieriger. Nachträgliche Bildungsmaßnahmen überfordern viele; sie machen sie ein weiteres Mal zu Objekten, die unzulänglich sind, und individualisiert ihre Schuld.

Dagegen müssen wir

- Gewalt als politisches Mittel als undemokratisch ächten;
- auf Gewaltrechtfertigungen und Schuldzuweisungen als politische Gemeinplätze verzichten;
- in den jeweiligen Politikfeldern eine neue Kultur der Anerkennung fordern.

6. Strategien gegen rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Einstellungen

»Politische Klasse« gegen »einfaches Volk«: Rechtspopulisten teilen die Bevölkerung in zwei Teile: »das Volk« und »die abgehobenen Politiker«. Das »einfache« Volk ist demnach eine Einheit, es gibt ein vorgegebenes Gemeinwohl, den Volkswillen schlechthin. Gesellschaftliche Spaltungen werden demnach erst durch Parteien verursacht. Rechtspopulisten kennen natürlich den Willen des Volkes und sprechen ihn als einzige aus.

- »Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Parteien- und Politikverachtung heutzutage zum guten Ton gehören.« (Barbara Stamm).
- Wir dürfen uns nicht als Teil der »politischen Klasse« definieren.
- Nicht »die« Politik kritisieren, sondern konkrete Handlungen und Handelnde benennen.

Zwei-Klassen-Gesellschaft: Für Nicht-»Deutsche« (ein diffuser Status, der sich nicht durch den Pass definiert) gibt es nach dieser Ideologie Bürgerrechte nur auf Widerruf: Daher der auch bei Teilen der CSU populäre Schlachtruf »Kriminelle Ausländer raus«.

- Der Verweis auf Grundgesetz und Rechtsstaat hilft nur in »offiziellen« Zusammenhängen.
- Deshalb müssen wir die negative Utopie, das Zukunftsbild unserer Gesellschaft, das hinter diesen Schlagworten steckt, offenlegen, damit die Konsequenzen deutlich werden.
- Versteckte Rechtspopulismen wie »Deutsch ins Grundgesetz« (GG Art. 3: »Niemand darf wegen ... seiner Sprache ... benachteiligt oder bevorzugt werden.«) sichtbar machen.

Nationalistische Europa-Attacken: Populistische Angriffe auf die EU (Deutschland als Zahlmeister) oder EU-Länder, die »auf unsere Kosten leben«, sind weit verbreitet.

- Eine sachliche Argumentation ist notwendig, aber nicht ausreichend.
- Auch hier gilt es, die Konsequenzen dieser negativen Utopie aufzuzeigen. Was bedeutet es, wenn die Rechtspopulisten sich durchsetzen?
- Wir müssen Kronzeugen aus den eigenen Reihen (z. B. CSU-Europapolitiker gegen rechtspopulistische Äußerungen von Seehofer) aufbieten.

Ende der Politik: Politik beginnt erst, wenn nicht Schuldige, sondern Ursachen gesucht werden und Lösungen. Erfolgreich sind Rechtspopulisten, wenn es ihnen gelingt, diffuse Stimmungen aufzugreifen, Sündenböcke zu benennen und die politische Debatte so zu emotionalisieren, dass eine sachliche Diskussion unmöglich wird. Sie versprechen einfache Lösungen für schwierige Probleme: »Ausländer« sind schuld an Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit.

- Probleme benennen. Klare Sprache statt beschwichtigen.
- Namen und zurechenbare Verantwortlichkeiten benennen. Nicht nur Probleme skandalisieren, sondern Lösungssuche, Lösungsvorschläge und Akteure nennen.
- Gesellschaftliche Konflikte wie Sicherheits- und Gerechtigkeitsfragen in politische Handlungsalternativen umwandeln und zur Diskussion/Wahl stellen.

»Meinungsfreiheit« als Freibrief: Anrufung der Meinungsfreiheit (»Das wird man doch noch sagen dürfen«) ist ein beliebter Topos. Sarrazin durfte sich als Zensur-Opfer hinstellen, obwohl er seinen Unsinn in hoher Auflage und auf allen Kanälen verbreitete. Viele fallen darauf rein und fragen: »Darf man nicht mehr die Wahrheit sagen?« Aber einer, der ein politisches Tabu bricht, sagt nicht automatisch die Wahrheit.

- Wer öffentlich etwas sagt, muss mit Kritik und Konsequenzen rechnen, sogar dann, wenn er keine Fakten verzerrt und keinen Unsinn redet.
- Rechtspopulistisches Gedankengut nicht lediglich ächten oder ausgrenzen, sondern sich damit inhaltlich auseinandersetzen. Erklären statt tabuisieren.

- Rechtspopulisten mobilisieren starke Emotionen wie Hass, Angst oder Stolz, die logische Lücken und Widersprüche überbrücken. Sie bedienen emotionale Grundbedürfnisse auf verquere Weise durch ein negatives Konzept von Gemeinschaftsbildung, durch Ausgrenzung und Abwertung anderer. Dagegen müssen wir ein Sinn stiftendes Zukunftsprojekt entwickeln und Raum schaffen für die zentralen Bedürfnisse: für Selbstwirksamkeit und Selbstentfaltung, für Zugehörigkeit und Identität: ein positives, offenes Konzept von Heimat.

7. Wir machen mit Demokratie ernst

Gelebte Demokratie ist Ausdruck unserer Zusammengehörigkeit, des gemeinsamen Gestaltens, unserer Identität. Die demokratische Auseinandersetzung über unterschiedliche Interessen und Ziele, der politische Raum ist der Ort, an dem wir uns als ein Volk erfahren. Um die Gesellschaft trotz zunehmender Vielfalt zusammenzuhalten, müssen wir mehr Demokratie wagen.

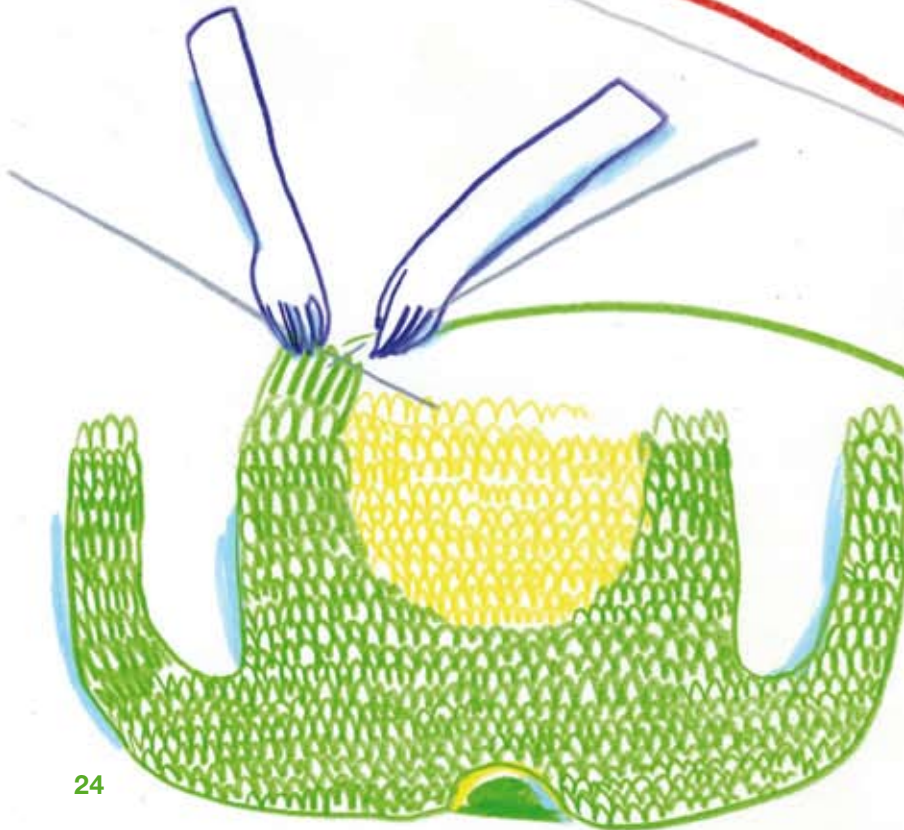
- Alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, müssen gleichberechtigt in unserer Gesellschaft beteiligt werden. Wir alle müssen lernen, mit Vielfalt zu leben, auf Grundlage unseres Grundgesetzes. Wer da ist, ist Teil der Gesellschaft. Wer hier geboren ist, ist hier daheim. Wer hier lebt, bestimmt mit. Es gelten Verfassung und Gesetze – und sonst nichts.
- Wir nehmen die Ängste vieler Menschen ernst und gehen die großen gesellschaftlichen Probleme, die der Populismus instrumentalisiert, direkt an: die großen, wachsenden sozialen Probleme, die die unterste Einkommensschicht, egal ob eingewandert oder nicht, aber auch die untere Mittelschicht betreffen. Die soziale Gerechtigkeit ist auch deswegen gefährdet, weil die gesellschaftlichen »Eliten«, die Reichen und Wohlhabenden, ihre eigenen Interessen immer rücksichtsloser durchsetzen. Auf der anderen Seite wird das Leistungsideal unserer Gesellschaft, nämlich dass individuelle Anstrengungen Erfolg und sozialen Aufstieg garantieren, immer stärker in Frage gestellt. Diese demokratieschädlichen Missstände nehmen wir nicht hin.



Aktiv werden! – praktische Informationen

Was können wir gegen einen Nazi-Aufmarsch in unserer Stadt tun? Wohin wende ich mich, wenn mein Kind in die rechtsextreme Szene abgerutscht ist? Wer unterstützt Lehrerinnen und Lehrer, die im Unterricht vor den Gefahren des Rechtsextremismus aufklären wollen? Von wo können Projekte gegen Rechtsextremismus Fördermittel beziehen?

Bundesweit, in Bayern und vor Ort in den Gemeinden und Städten gibt es eine Vielzahl an Programmen, Initiativen und Anlaufstellen, die bei diesen Fragen weiterhelfen, Informationen zur Verfügung stellen und Projekte finanziell fördern. Hier finden Sie einen Überblick über eine Auswahl an Anlaufstellen sowie Hinweise zu besonders hilfreichen Handreichungen und Veröffentlichungen zum Thema Rechtsextremismus.



1. Bundesweite Programme und Anlaufstellen

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Das Bündnis wurde 2000 durch das Bundesinnen- und das Bundesjustizministerium gegründet. Sein Ziel ist die Bündelung, Vernetzung und Sichtbarmachung des Engagements für Demokratie und Toleranz. Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus können sich beim Bündnis eintragen lassen und ihre Tätigkeit dort vorstellen.
www.buendnis-toleranz.de; Friedrichstraße 50, 10117 Berlin,
Tel.: (030) 25 4504 466.

Bundesprogramm

»Toleranz fördern – Kompetenz stärken«

Das Programm unter Federführung des Bundesfamilienministeriums ermöglicht finanzielle Unterstützung für Organisationen und Initiativen und koordiniert lokale Aktionspläne, Modellprojekte und Beratungnetzwerke. Regionale Projekte können hier Förderung durch Bundesmittel beantragen.

Umstritten ist in diesem Zusammenhang bei vielen Initiativen vor Ort und in den Regionen die so genannte »Demokratieerklärung«, die alle Organisationen, die Förderung erhalten wollen, unterzeichnen müssen. Sie sehen in der als »Extremismusklausel« bekannt gewordenen Erklärung einen Generalverdacht gegenüber allen Initiativen gegen Rechtsextremismus, so dass einige Organisationen aus Protest auf die Bundesmittel verzichten.

www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de; Spremberger Str. 31, 02959 Schleife; Ansprechpartner Bayern: Christian Fischer,
Tel.: (035773) 7399-116; Email: christian.fischer@toleranz-foerdern.de.

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet kostenlose oder gering gebührenpflichtige Broschüren, Publikationen, Flyer oder Arbeitsmaterial für Schule und Unterricht zum Thema Rechtsextremismus an und organisiert Veranstaltungen zur politischen Bildung.
www.bpb.de; Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; Tel. (0228) 99515-115 (Kundenberatung);
Email: info@bpb.de.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Projekt von und für SchülerInnen, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv werden und einen Beitrag zu einer gewaltfreien und demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Die Schulen engagieren sich gegen Diskriminierung, Mobbing und Gewalt und fördern ein friedliches Schulklima. Jede Schule kann bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen den Titel erwerben.
www.schule-ohne-rassismus.org; Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Ahornstr. 5, 10787 Berlin;
Tel.: (030) 21 45 86 0; Email: schule@aktioncourage.org.

EXIT-Deutschland – Ausstieg aus dem Rechtsextremismus

EXIT-Deutschland ist eine Initiative, die Menschen hilft, die mit dem Rechtsextremismus brechen und sich ein neues Leben aufbauen wollen. Die Organisation unterhält Hilfsangebote für Aussteiger und hilft bei Fragen nach persönlicher Sicherheit sowie bei der sozialen und persönlichen Aufarbeitung einer rechtsextremistischen Vergangenheit.
www.exit-deutschland.de; EXIT-Deutschland, Postfach 76 01 12, 10382 Berlin; Tel.: 0177 240 4592; Email: info@exit-deutschland.de.

Amadeu Antonio Stiftung

Amadeu Antonio Kiowa war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Fünf der jugendlichen Täter wurden im September 1992 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder zu Bewährungs- und maximal vierjährigen Haftstrafen verurteilt. Wer die tödlichen Schläge ausführte, war nicht nachzuweisen.

Seit ihrer Gründung 1998 ist es Ziel der Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Sie unterstützt lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferchutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke.

www.amadeu-antonio-stiftung.de; Amadeu Antonio Stiftung, Linienstr. 139, 10115 Berlin; Tel.: (030) 240 886 10.

Opferfonds CURA

Die Opfer nicht alleine lassen, sondern ihnen Zuwendung und Unterstützung bieten – das ist das Ziel des Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung. Der Opferfonds CURA bietet Opfern rechtsextremer Gewalt und ihren Angehörigen direkte und unbürokratische Hilfe an. Er bietet Unterstützung bei der Behebung von Sachschäden, die durch Anschläge und Übergriffe entstanden sind, übernimmt Anwaltskosten, leistet finanzielle Hilfe für psychologische Beratung und medizinische Behandlungen und unterstützt Opfer in finanziell existenziellen Notlagen.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura; Amadeu Antonio Stiftung, Linienstr. 139, 10115 Berlin; Tel.: (030) 240 886 10.

Mut gegen rechte Gewalt

Seit zehn Jahren verfolgt die Stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« zwei wesentliche Ziele: Sie ermutigt zu mehr Zivilcourage und leistet Initiativen unbürokratische Hilfe gegen Rechtsextremismus. Mehr als 120 Projekte wurden bislang gefördert.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de; Amadeu Antonio Stiftung, Linienstr. 139, 10115 Berlin; Tel.: (030) 240 886 10.

2. Initiativen, Organisationen und Anlaufstellen in Bayern

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus

Träger der LKS ist der Bayerische Jugendring. Die Stelle wurde im Rahmen des Bundesprogramms »kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus« eingerichtet. Sie bietet Hilfe und Unterstützung vor Ort durch Experten, Info-Material sowie Eltern- und Opferberatung, Infodienst und Publikationen. Eine umfangreiche und kostenlose Materialmappe (mit hilfreichen Broschüren und weiteren Anlaufstellen und Informationen, u.a. eine Handreichung zum Umgang mit Neonazis und extrem rechten Gruppierungen, Ratgeber für Eltern und Angehörige von Mitgliedern der rechtsextremen Szene, Arbeitshilfe für die Jugendarbeit in Bayern, Umgang mit Rechten bei demokratischen Veranstaltungen sowie Mädchen und Frauen in der rechtsextremen Szene) ist im Netz und per Telefon bestellbar.

www.lks-bayern.de; Herzog-Heinrich-Straße 7, 80336 München; Ansprechpartnerin: Nicola Hieke; Email: hieke.nicola@bjr.de oder elternberatung@lks-bayern.de.

Beratung. Unterstützung. Dokumentation. (B.U.D.)

Träger dieses Angebotes ist die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus. B.U.D. berät und begleitet Opfer rechtsextremer Gewalt, klärt über rechtsextreme Gewalt auf und setzt sich für die Interessen von Betroffenen ein. B.U.D. kommt zur Beratung in alle Orte Bayerns.

www.bud-bayern.de; Beratung. Unterstützung. Dokumentation., c/o Bayerischer Jugendring, Herzog-Heinrich-Straße 7, 80336 München; Email: info@bud-bayern.de.

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.)

Das mehrfach ausgezeichnete Archiv sammelt seit 1990 Material zu Nationalismus und Rassismus, über neokonservative, extrem rechte und faschistische Gruppierungen sowie Publikationen zum Thema Antifaschismus und archiviert Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Aufkleber, Spuckis und anderes von rechten Bewegungen und aus der antifaschistischen Arbeit.

www.aida-archiv.de; Postfach 400 123, 80701 München; Email: info@aida-archiv.de.

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)

Die BIGE ist die gemeinsame Anlaufstelle des Bayerischen Innen- und Kultusministeriums in Sachen Rechtsextremismus und bietet erste Hilfe für Aussteiger, Opfer rechtsextremer Gewalt, Eltern und Lehrer. Auf den Internetseiten finden sich Informationen über Parteien und rechtsextreme Szenen, Musik, Ideologien und Strategien der Rechtsextremisten in Bayern.

www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, Knorrstraße 139, 80937 München.

Bayerisches Bündnis für Toleranz - Projektstelle gegen Rechtsextremismus

Ziel des Bündnisses ist, in Bayern für Toleranz ebenso einzutreten wie für den uneingeschränkten Schutz der Demokratie und der Menschenwürde. Dreißig Partner aus Politik, Wirtschaft, Bildung und anderen gesellschaftlichen Bereichen haben sich dem Bündnis bereits angeschlossen. Die Projektstelle im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad soll unter anderem die bayernweite Vernetzung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und den Erfahrungsaustausch von Kommunen, Initiativen und Trägern vorantreiben, als Ideengeber für Projekte und Freizeitangebote agieren und Schule, Gemeinden und Einzelpersonen beraten.

www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de; Projektstelle gegen Rechtsextremismus, Geschäftsführer Martin Becher, c/o Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Alexandersbad, Markgrafenstraße 34, 95680 Bad Alexandersbad; Tel.: (09232) 9939 23; Email: becher@ebz-alexandersbad.de.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

1946 gründeten die Überlebenden der faschistischen Haftstätten und Konzentrationslager und die Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand in Bayern eine »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«. Dieses Vermächtnis setzt die VVN-BdA Bayern bis heute in praktischer, antifaschistischer Politik um, z. B. durch Ausstellungen und Informationsveranstaltungen.

www.vvn-bda.de; Landesvereinigung Bayern, Verantwortlicher: Ernst Antoni, Frauen-lobstr. 24, 80337 München; Tel.: (089) 531786.

Regionale Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus

Im Netzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (angesiedelt beim BJR) unterhalten Kreis- oder Stadtjugendringe regionale Beratungsstellen. Sie sollen dem hohen Beratungsbedarf in Bayern entgegen kommen, für Hilfesuchende die Wege verkürzen und die lokalen Gegebenheiten und Besonderheiten stärker einbeziehen. Unterstützungsbedarf kann sowohl von Kommunen oder Landkreisen als auch von Jugendringen, Schulen, Organisationen, Bündnissen oder betroffenen Einzelpersonen an die Regionalstelle gemeldet werden.

Kontakt:

Oberbayern und Schwaben

Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Oberbayern/Schwaben

c/o KJR Ebersberg, Bahnhofstr. 12, 85560 Ebersberg;
Tel.: (08092) 2 10 39;
Email: regionalstelle@kjr-ebe.deregionalstelle@sjr.de.

Stadt München – Fachstelle gegen Rechtsextremismus

Kontakt: Dr. Miriam Heigl; Informationen unter: www.muenchen.de/Rathaus/dir/fachstelle_gegen_rechtsextremismus/index

Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm)

Teil des Engagements der Stadt München gegen Rechtsextremismus ist die Einrichtung einer Recherche- und Multiplikatorenstelle, angesiedelt im Feierwerk e.V. Die »firm« ist Anlaufstelle, Initiatorin und Informationsdrehscheibe zu Fragen über rechtsextremistische Organisationen, Strukturen und Aktivitäten in der Landeshauptstadt. Die Fachstelle informiert, berät und unterstützt. Sie bietet regelmäßig Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Aspekten des Rechtsextremismus.

<http://feierwerk.de/firm> und www.089-gegen-rechts.de;
Ansprechpartner: Marcus Buschmüller, firm, Hansastraße 39–41, 81373 München; Tel.: (089) 72488410; Email: firm@feierwerk.de.

Löwenfans gegen Rechts

Initiative der Fans von 1860 München gegen rechte Einstellungen und Gewalt rund um den Fußball in München.
www.loewenfansgegenrechts.de

Sinninger Initiative gegen Rechts

www.sinninger-initiative.de; Sinninger Initiative gegen Rechts, Am Lohwald-Ost 18, 86697 Oberhausen/Ortsteil Sinning.

Bündnis für Menschenwürde Augsburg – Schwaben e.V.

Vernetzung und Koordinierung bei Aktivitäten, Initiativen und sonstigen Organisationen gegen Rechtsextremismus; Bildungsarbeit und Ausstellungen sowie Organisation von Protestkundgebungen.

www.buendnis-fuer-menschenwuerde.de;

Ansprechpartner: Heinz Paula, Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg,

Email: heinz.paula@wk.bundestag.de.

Mering ist bunt. Für Demokratie und Toleranz

Information über rechtsradikale Gruppierungen, deren Strategie, Argumentation und Ziele sowie Aufklärung speziell an Schulen und Hilfsangebote für Eltern, deren Kinder in den Dunstkreis rechtsradikaler Gruppen geraten sind.

www.mering-ist-bunt.de; Aktionsbündnis Mering ist bunt,

c/o Marktgemeinde Mering, Kirchplatz 4, 86415 Mering.

Oberpfalz und Niederbayern

Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Oberpfalz/Niederbayern

c/o SJR Weiden i. d. Oberpfalz, Frühlingstr. 1, 92637 Weiden;

Tel.: (09 61) 9 30 26, 08; Email: regionalstelle@sjr.de.

Runder Tisch gegen Rechts in Passau

Email: rtgr_passau@yahoo.de.

Runder Tisch gegen Rechts in Landshut – Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus

c/o Hans-Dieter Schenk, Seligenthalerstraße 18, 84034 Landshut;

Email: rundertisch-landshut@web.de.

Mittel-, Ober- und Unterfranken

Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Mittel-, Ober- und Unterfranken

c/o Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, Allersberger Str. 185A,

90461 Nürnberg; Tel.: (0911) 8 91 41 81;

Email: regionalstelle@kjr-nuernberg.de.

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus in der

Metropolregion im Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg,

Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg.

Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg

www.nuernberg.de/internet/menschenrechte

Bündnis gegen Rechts – nie wieder Faschismus in Nürnberg

www.neff-netzwerk.de; c/o NEFF (Nürnberger evangelisches Forum für den Frieden), Hans-Günther Schramm, Burgstr. 1–3, 90403 Nürnberg; Tel. (0911) 214 215 2; Email: neff-cfb@eckstein-evangelisch.de.

EJB – Evangelische Jugend Bayern

www.ejb.de; Dipl. Sozialpädagoge (FH) Hans Schlicht, Referent für Jugend und Gesellschaft, Hummelsteiner Weg 100, 90459 Nürnberg;

Tel: (0911) 4304 272; Email: schlicht@ejb.de.

Nürnberger Bündnis Nazistopp

www.nazistopp-nuernberg.de; Susanne Roth, Postfach 210172,

90119 Nürnberg; Email: nazistopp.nuernberg@yahoo.de.

DoKuPaed – Pädagogik rund um das Informationszentrum am Reichsparteitagsgelände

Das pädagogische Programm bietet u.a. Studien- und Projektstage an zu Themen aktueller politischer Jugendbildung wie Erziehung zu aktivem Demokratieverständnis und Menschenrechten sowie zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.

www.dokupaed.de; DoKuPaed, eine Einrichtung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt, Allersberger Str. 185, 90461 Nürnberg;

Tel.: (0911) 81 007 40; Email: info@dokupaed.de.

Tacheles! Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in Mittel- und Oberfranken

Fachtagungen zu verschiedenen Themen, Bildung und Coaching vor Ort, Organisation von Ausstellungen und Kooperation mit Forschungsprojekten.

Nürnberger Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.; Adamstraße 37, 90489 Nürnberg;
Tel.: (0911) 54055934; Email: info@isfbb.de; Projektleiterin Birgit Mair: birgitmair@isfbb.de.

Schweinfurt ist bunt / Würzburg ist bunt

www.schweinfurt-ist-bunt.de und www.wuerzburg-ist-bunt.de;
Verantwortlich: DGB Region Main-Rhön/Schweinfurt,
Wilhelm-Leuschner-Str. 2, 97421 Schweinfurt; Ansprechpartner:
Frank Firsching, DGB-Regionsvorsitzender; Tel.: (09721) 70420;
Email: schweinfurt-wuerzburg@dgb.de.

Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus

www.buendnis-fuerth.de; Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Königswarter Str. 16, 90762 Fürth;
Tel.: (0911) 74082-0, Email: info@buendnis-fuerth.de.

Gräfenberg ist bunt

www.graefenberg-ist-bunt.de; Verein zur Förderung von Demokratie, Toleranz und Menschenrechten Gräfenberg e.V., Bahnhofstraße 9, 91322 Gräfenberg; Ansprechpartner: Werner Wolf, Postfach 45, 91321 Gräfenberg; Tel.: (09192) 709-50;
Email: buergerforum.graefenberg@web.de.

Wunsiedel ist bunt

www.wunsiedel-ist-bunt.de; Bürgerinitiative Wunsiedel ist bunt, nicht braun; Sprecher: Karl Rost, Weißenstädter Str. 18, 95632 Wunsiedel;
Tel.: (09232) 2118; Email: sprecher@wunsiedel-ist-bunt.de.

Bamberg ist bunt. Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus

www.bamberg-gegen-rechtsextremismus.de; Mathias Eckardt, Herzog-Max-Str. 44, 96047 Bamberg;
Email: info@bamberg-gegen-rechtsextremismus.de.

Bündnis gegen Rechts Aschaffenburg/Miltenberg

c/o alibri Verlag, Ernsthofstr. 12, 63739 Aschaffenburg;
Email: bgr-aschaffenburg@riseup.net.

Kreisjugendring Forchheim

www.kjr-forchheim.de; Lokale Koordinierungsstelle,
Ansprechpartnerin: Ursula Al-buschkat, Löschwöhrdstraße 5,
91301 Forchheim; Tel.: (09191) 73 88 11;
Email: ursula.albuschkat@kjr-forchheim.de.

3. Initiativen aus anderen Bundesländern (Auswahl)

Information, Beratung, Bildung

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt bietet ein umfangreiches Angebot an Online-Diensten, Broschüren, Publikationen, Bildungsangeboten, Ausstellungen und ein Antigewalttraining an Schulen an.

www.arug.de; Bohlweg 55, 38100 Braunschweig;
Tel.: (0531) 123 36 42; Email: info@arug.de.

Gegenargument – Ein Argumentationsseminar

Gegenargument ist ein Seminarkonzept zum Umgang mit rechten bzw. rechtsextremen Positionen. Es verbindet die situative Ebene (Auftreten und Redeverhalten in konkreten Situationen) und die Ebene der inhaltlichen Auseinandersetzung. Im Rahmen eines zumeist eintägigen Seminars lernen Teilnehmende typische rechtsextreme Argumentationstechniken und –muster kennen, setzen sich mit möglichen Gegenargumenten auseinander, formulieren ihre individuelle Position und erweitern durch simulierte Praxissituationen ihre Handlungsfähigkeit in kritischen Situationen.

www.gegen-argument.de; Timm Köhler, Christburger Str. 6,
10405 Berlin; Tel.: (030) 48492385;
Email: kontakt@gegen-argument.de.

Laut gegen Nazis e.V.

Eines der Ziele des Vereins ist die Förderung und Einrichtung von Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in Westdeutschland. Im Zuge der Wende 1990 wurden diese Einrichtungen überwiegend in Ostdeutschland durch staatliche Mittel finanziert.

www.lautgegennazis.de; Kronsaalsweg 70–74, 22525 Hamburg;
Tel.: (040) 54 70 96 78-0; Email: info@lautgegennazis.de.

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Hilfreiche Informationen für die Praxis, z. B. »Was tue ich, wenn Rechtsextreme öffentliche Räume mieten wollen?« und »Was kann ich gegen die Verteilung von rechtsextremen CDs im Schulhof machen?«
www.aktionsbuendnis-brandenburg.de; Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Haus 1a, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam; Ansprechpartnerin: Anna Spangenberg (Leiterin), Telefon: (0331) 866-3570, Email: a.spangenberg@aktionsbuendnis-brandenburg.de.

Verein Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland

Gesicht zeigen! ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt. Der Verein leistet Aufklärungs- und Projektarbeit, Projekte und Aktionen zum Abbau von Vorurteilen und zur Stärkung von Zivilcourage. Informations- und Anschauungsmaterial wie Flyer, Poster, Filme und Publikationen.

www.gesichtzeigen.de; Verein Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V., Schirmherr Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder, Koppenstr. 93, 10243 Berlin; Tel. (030) 30 30 808 0.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Unterstützung der BürgerInnen des Großraums Berlin bei Konfrontation mit Rechtsextremismus oder Rassismus und Antisemitismus, Stärkung der demokratischen Kultur, Entwicklung situationsbezogener Handlungsstrategien, Begleitung von kommunalen und lokalen Aktionen.
www.mbr-berlin.de; Chausseestraße 29, 10115 Berlin.

Portal Blick nach rechts

www.bnr.de; Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 610 322, 10925 Berlin.

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)

Fachinformationen zum Thema Rechtsextremismus. Bestellung eines Info-Paketes möglich.

www.apabiz.de; Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin.

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.

Beratung zu den Themen (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, interkulturelle Öffnung, Diversität, Anti-Diskriminierung und Migration.

www.idaev.de; Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf;
Tel.: (02 11) 15 92 555; Email: info@idaev.de.

Argumente und Kultur gegen Rechts e.V.

Sammlung von Angeboten, Links und Materialien gegen Rechtsextremismus, unter anderem ein PDF mit Argumenten gegen die NPD-Schulhof-CD.

www.jugendinfo-gegen-rechts.de; Postfach 102948, 33529 Bielefeld.

Fußball und Rechtsextremismus

Flutlicht e.V. – Verein für antirassistische Fußballkultur

2002 von Fußballfans unterschiedlicher Klubs und Journalisten gegründet. Ziel ist die gemeinnützige Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

www.flutlicht.org; Postfach 350934, 10218 Berlin; Tel.: (030) 3931578; Email: ron-bergkamp@web.de.

Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF)

<http://aktive-fans.de> und www.tatort-stadion.de; BAFF e.V., Postfach 1123, 63401 Hanau.

Das BAFF ist ein vereinsübergreifender Zusammenschluss von Einzelnen und Fanorganisationen, der gegen Rassismus und Diskriminierung kämpft, rechte Gewalt beim Fußball aufklären und die friedliche Fankultur erhalten will. Das Bündnis ist Teil des europaweiten Netzwerkes FARE (Football Against Racism in Europe).

4. Forschung zu Rechtsextremismus

Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München (C.A.P.)

Das CAP entwickelt wissenschaftliche Konzepte für die Politische Bildung, zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und zur Verdrängung des Rechtsextremismus aus Deutschland und Europa.

www.cap-lmu.de/projekte/fgz/rechtsextremismus.php;

Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München; Ansprechpartnerin: Britta Schellenberg, Email: britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de.

Zentrum für Antisemitismusforschung – Technische Universität Berlin

Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus.

Dr. Michael Kohlstruck, Email: michael.kohlstruck@tu-berlin.de.

Fachhochschule Düsseldorf – Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften

Schwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus.

www.arbeitsstelle-neonazismus.de; Leitung: Prof. Dr. Fabian Virchow, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf, Tel.: (0211) 8114625.

Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Forschungsschwerpunkte sind politischer Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Colonel-Kleinmann-Weg 2 , 55099 Mainz, Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Email: falter@politik.uni-mainz.de.

Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e. V.

Das Nürnberger Institut führt u. a. Forschungsprojekte zu den Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus durch.

www.isfbb.de; Kirchenweg 8, 90419 Nürnberg; Tel.: (0911) 300 25 24;

Email: isfbb@web.de.

Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Publikationen unter anderem zu rechtsextremer Musik, Rassismus im Fußball und präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus.

www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=96; Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle; Ansprechpartnerin: Michaela Glaser.

5. Hilfreiche Publikationen und Internetportale (Auswahl)

Online-Publikationen:

»Leitfaden für die Anti-Nazi-Arbeit«

Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion

www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/rubrik/1/1129.rechtsextremismus.html

»Weltoffenes Sachsen? Demokratieförderung in Sachsen zwischen Landesprogramm und Gesinnungs-TÜV.«

Bündnis 90/Die Grünen im sächsischen Landtag

www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Reader/WOS-Gesamtdokument_final.pdf

»Reader: Nicht nur der soziale Kitt – Frauen in der Nazi-Szene«

Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion

www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/393/393307.reader_nicht_nur_der_soziale_kitt_frauen.html

»Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus«

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Elisabeth Schroedter, MdEP

www.elisabeth-schroedter.de/broschuren/kommunale-handlungsmoeglichkeiten-gegen-rechts-uberarbeitete-neuaufgabe-2008

»Demonstrativ Grün – Die Demofibel der Grünen Jugend«

Grüne Jugend Bundesverband, Jan Philip Albrecht (V.i.S.d.P.)

www.gruene-jugend.de/aktuelles/nachrichten/390108.html;

Fragen per Email an: demoratgeber@gruene-jugend.de.

»Menschen gegen Rechts verteidigen«

Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion

www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/351/351661.flyer_menschen_gegen_rechts_verteidigen.pdf

»Grenzen lokaler Demokratie – zivilrechtliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum«

Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion

www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/203/203637.reader_grenzen_lokaler_demokratie_zivilr.html

»Das wird man ja wohl noch sagen dürfen! Zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Argumentationsweisen«

Stiftung Sozialpädagogisches Institut

www.stiftung-spi.de/download/sozraum/rechtspopulismus.pdf

»Das Versteckspiel – Aufklärung über neofaschistische Jugendkulturen«

Agentur für soziale Perspektiven e.V.

www.dasversteckspiel.de

»Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie«

Schülergerechte Aufklärungsbroschüre über das grundlegende Problem des Rechtsextremismus. Stellt Gegenstrategien und möglichen Anlaufstellen für Unterstützung dar.

Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Nora Langenbacher und Dr. Dietmar Molthagen;

www.fes.de/inhalt/ausstellungen/begleitmaterial/Bunt_nicht_braun.pdf

»Förderung von tolerantem und demokratischem Verhalten bei Kindern«

Deutsches Jugendinstitut

www.netzwerk-courage.de/downloads/DJI_Evaluation_Kinderprojekte_NDC.pdf

»Rechtsextremismus im Wandel«

Richard Stöß; Friedrich-Ebert-Stiftung

Aufklärung über die Begriffsbestimmung Rechtsextremismus, über Herkunft, Ziele, Ideologie, Kampagnen und Ursachen, als auch über Wahlen und Wähler. Außerdem werden Organisation und Praxis der Rechtsextremen behandelt.

<http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf>

Reihe Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland

Friedrich-Ebert-Stiftung

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte

<http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf>

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte

<http://library.fes.de/pdf-files/do/05864.pdf>

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes (2010): Die Mitte in der Krise.

<http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

»Gemeinsam handeln!

Für Demokratie in unserem Gemeinwesen!«

Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V.
Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Im Service-Teil gibt es unter anderem eine Check-Liste zum Gelingen von Saalveranstaltungen sowie diverse Mustermaterialien.
www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung_gemeinsam_handeln.pdf

Broschüre der Deutschen Fanprojekte gegen Rassismus beim Fußball

Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend
www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/wp-content/uploads/Fanprojektbroesch%C3%BCre-2010.pdf

Internetportale

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
Internetportal gegen Rechtsextremismus.

www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de
Wird von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz betrieben.

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de
Projekt des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., bietet allgemeine Informationen zum Thema Rechtsextremismus sowie individuelle Beratung. Auch Gruppenchats für Eltern und Angehörige sind möglich.

www.mobile-opferberatung.de
Mobile Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt mit Außenstellen in Salzwedel, Magdeburg und Halle. Ein Ratgeber für richtiges Verhalten nach einem rechten oder rassistischen Angriff, der sowohl praktische als auch politische Beratung der Opfer anbietet und auch Prozesskostenhilfe geben kann.

<http://blog.zeit.de/stoerungsmelder>
Wir müssen reden. Über Nazis. Blog von Zeit online mit Nachrichten, Berichten und Meldungen rund um das Geschehen in der rechten Szene.

<http://www.mokkatasse-gegen-antisemitismus.de/kontakt.html>
Mit Mausclick gegen Antisemitismus und Ausgrenzung: Ein Projekt von Imedana e.V.

<http://www.lautgegennazis.de/>
Laut gegen Nazis e.V. setzt sich für zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse gegen wachsenden Rechtsextremismus in Deutschland ein.

<http://www.basta-net.de>
Kommunikations- und Lernplattform zu den Themen Gewalt und Extremismus; Foren und interaktive Lernmodule werden ergänzt durch Hintergrundinformationen und Arbeitsmaterial.

<http://www.endstation-rechts-bayern.de/>
Informationsportal der BayernSPD über Neonazis und Rechtsextremismus in Bayern.

<http://www.redok.de/>
Webportal unabhängiger Journalisten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und über rechte Aktivitäten berichten.

<http://www.br-online.de/aktuell/rechtsextremismus-in-bayern-DID1231410048361/index.xml>
Informatives Dossier des Bayerischen Rundfunks über rechtsextreme Aktivitäten und Strukturen in Bayern. Link- und Literaturtipps.

<http://www.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus/index.html>
Dossier der ARD-Tagesschau über Rechtsextremismus in Deutschland.

Ihr Kontakt:

Arbeitskreis Demokratie und Kultur



Dr. Sepp Dürr, MdL
Sprecher für
Strategien gegen
Rechtsextremismus,
kultur- und forschungs-
politischer Sprecher



Ulrike Gote, MdL
Parlamentarische
Geschäftsführerin,
hochschulpolitische,
medienpolitische
und religionspolitische
Sprecherin



Christine Stahl, MdL
Landtags-
Vizepräsidentin,
rechtspolitische
Sprecherin



Susanna
Tausendfreund, MdL
Innenpolitische
Sprecherin



Simone Tolle, MdL
Sprecherin für
berufliche Bildung
und lebenslanges
Lernen, sport-
politische Sprecherin

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089/4126-2493, -2728
Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Illustrationen: Edith Carron

Gestaltung: Na ìve Monday

Druck: ulenspiegel druck gmbh, Birkenstraße 3, 82346 Andechs
geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126

klimateutral^o
gedruckt

Zertifikatsnummer:
072-53275-0111-1139
www.climatepartner.com

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier
Stand: Dezember 2011